

## Die berufliche Bildung im Koalitionsvertrag: erste Einschätzung und Schlussfolgerungen

Agnes Alpers

In kaum einer vorherigen Legislaturperiode wurde der Auftakt so stark von bildungspolitischen Themen begleitet, wie in dieser. Schon im Koalitionsvertrag nahm Schwarz-Gelb für sich in Anspruch, Deutschland zu einer Bildungsrepublik auszubauen. Getrieben von diversen Demonstrationen und Kampagnen im Rahmen des Bildungsstreiks machte die neue Bundesregierung allerdings auch schon in den ersten Wochen anhand der Bildungsfinanzierung deutlich, wie konzeptlos und vor allem beliebig dieser Anspruch ist.

Der Bund will für Bildung und Forschung bis 2015 insgesamt 13 Milliarden Euro mehr bereitstellen. Um das Ziel des Dresdner Bildungsgipfels zu erreichen – 7 Prozent des BIP für Bildung – müssten nach Rechnungen der Koalition jedes Jahr insgesamt rund 25 Milliarden mehr für Bildung ausgegeben werden, die Mehrausgaben für Forschung sind hier noch nicht rausgerechnet. Der DGB hat mit Bezug auf eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung außerdem darauf hingewiesen, dass wirklich gute Bildung noch mehr kostet: Der zusätzliche Mehrbedarf summiert sich über alle Bildungsbereiche auf jährlich 37 Milliarden Euro. Durch die Einbeziehung neuer Rechnungsposten, wie etwa Kitagebühren, Pensionszahlungen, Weiterbildung für Hartz IV-Empfänger oder die von der KfW ausgegebenen Bildungskredite wurde damit allein durch statistische Tricks die Lücke zwischen dem 7%-Ziel verkleinert. Durch diese kreative Buchhaltung kann die Bundesregierung ihre hehren Ziele erreichen, ohne dass nennenswert mehr in das marode Bildungssystem fließt. Dazu kommt, dass die zusätzlichen Bildungsausgaben im Verständnis von Schwarz-Gelb nicht vollständig durch die öffentliche Hand zu tragen sind. So wird im Koalitionsvertrag vor allem auf die Erhöhung privater Bildungsinvestitionen gesetzt und Bundesbildungsministerin Schavan sieht u.a. die Einrichtung eines sogenannten Zukunftskontos vor, mit dem Eltern für die Bildungskosten ihrer Kinder sparen sollen – ähnlich der Riester-Rente. Die Erfahrungen mit Riester zeigen allerdings, dass dadurch vor allem die finanzstarken Haushalte profitieren, sozial schlechter gestellte bleiben außen vor – die soziale Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems würde sich hiermit noch weiter verschärfen.

Doch damit nicht genug. Auch die berufliche Bildung wird in der Zukunft verstärkt durch ökonomisch verwertbare und kurzfristig abrufbare Kompetenzen definiert. Anders kann die Reformierung der beruflichen Bildung unter der Überschrift „Lösung des Fachkräftemangels“ nicht gedeutet werden.

Dabei ignoriert die Bundesregierung sowohl die Ausbildungsplatzbilanz 2009, die während der Koalitionsverhandlungen veröffentlicht wurde, als auch die Ergebnisse der abgeschlossenen Ausverbidungsverträge vom Dezember 2009. Seit dem letzten Sommer haben die Unternehmen mehr als 5 Prozent der Ausbildungsplätze gestrichen. Obwohl die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 14 Prozent eingebrochen ist (im Osten sogar um 25 Prozent), kommen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz im bundesweiten Durchschnitt immer noch 1,3 Bewerber, in den neuen Bundesländern sind es sogar 1,5. Zusätzlich wurden allein im Jahr 2009 50.000 weniger Ausbildungsverträge geschlossen und die Tendenz ist weiterhin fallend. Damit ist klar, dass die Krise auf dem Ausbildungsmarkt angekommen ist und im kommenden Jahr sich weiter ausbreiten wird. Die neue Koalition scheint dies nicht zu interessieren. Der Ausbildungspakt ist ihrer Ansicht nach erfolgreich und soll fortgesetzt werden.

Angesicht der dringenden Baustellen in der beruflichen Bildung ist es fast schon ein Hohn, dass bei wichtigen Themen, wie etwa der Reform des Übergangs von Schule in die Ausbildung die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vage bleibt und dafür aber umso deutlicher in ihren Angriff auf Schutzrechte.

So findet sich im wirtschaftspolitischen Teil des Koalitionsvertrages die Ankündigung, den Jugendarbeitsschutz im Gastgewerbe zu flexibilisieren sowie Anforderungen der Berufsbildung schneller an die Wirtschaft anzupassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigt, dass dort auch schon mehrfach das Konsensprinzip gebrochen worden ist. Vor diesem Hintergrund liest sich die Ankündigung, die Berufsausbildung zu modularisieren und zu flexibilisieren, auch als Bereitschaft, für weitere Kurzausbildungen grünes Licht zu geben.

Unkonkret bleiben auch die Anstrengungen von Schwarz-Gelb in der Weiterbildung. Gemeinsam mit Sozialpartnern, Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und Weiterbildungsverbänden will die neue Koalition eine Weiterbildungsallianz schmieden. Was diese genau machen soll und ob der Bund selber mehr Geld für diesen Bereich zur Verfügung stellen will, das bleibt allerdings im Dunkeln. Das Thema Weiterbildung für geringer Qualifizierte – eine der größten Baustellen des deutschen Weiterbildungssystems – findet im Koalitionsvertrag keine besondere Erwähnung. Eine gesetzliche Absicherung von Lernzeiten und –ansprüchen ist nicht geplant, ebenso wenig werden neue Förderinstrumente wie etwa ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz in Aussicht gestellt. Statt einer Ausweitung des BAföG über das 30. Lebensjahr hinaus soll es für diese Zielgruppe Bildungskredite geben – nicht einmal der gemeinsame Vorschlag von DGB und BDA, die Altersgrenze im BAföG auf 35 anzuheben, wird aufgegriffen. Zwei wichtige Punkte für die Weiterbildung finden sich im arbeitsmarktpolitischen Teil des Koalitionsvertrages: Die neue Koalition kündigt zum einen an, die Vielzahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente deutlich zu reduzieren. Hierbei werden wohl auch Qualifizierungsmaßnahmen unter die Räder kommen. Zum anderen stellt Schwarz-Gelb zu Branchenmindestlöhnen fest: „Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen auf dem Verordnungswege werden einvernehmlich im Kabinett geregelt. Voraussetzung dafür ist grundsätzlich eine Mehrheit im Tarifausschuss.“ Das muss als Aus für den Branchenmindestlohn Weiterbildung gelesen werden: Die Arbeitgeber hatten im Sommer im Tarifausschuss einen entsprechenden Beschluss verhindert, eine Kabinettsentscheidung, die den Branchenmindestlohn hilfsweise auf den Weg bringen könnte, wird nun aller Voraussicht nach spätestens am hiermit eingeräumten Veto-Recht der FDP scheitern, wie auch schon die Blockade des Branchenmindestlohn für die Abfallwirtschaft vor einigen Wochen zeigte.

Was ergibt sich aus diesen Ankündigungen für unsere Politik der nächsten Jahre?

Der Neoliberalisierung des Bildungsbegriffes gilt es ein eindeutiges humanistisches und persönlichkeitsentwickelndes Verständnis von Bildung und eben auch von beruflicher Bildung entgegen zu setzen. Den Fokus von beruflicher Bildung allein auf die Reduzierung des Fachkräftemangels oder die Verwertung ungenutzter Ressourcen zu verengen, birgt die Gefahr zu marktorientiert zu denken und zu handeln. Unsere Chance ist es nun, unsere Ansätze in der beruflichen Bildung entlang unseres Verständnisses von Bildung programmatisch weiter zu entwickeln. Daher werden wir mit den Gewerkschaften das kommende Ausbildungsjahr kritisch begleiten und Alternativen für den aktuellen Übergang von Schule in die Ausbildung entwickeln sowie eine Bilanz der bisherigen Kurzausbildungen ziehen. Das Thema Ausbildungsfinanzierung wird dabei ebenso wichtig sein wie die Entwicklung des Ausbildungsmarktes. Auch hier gilt es, unsere Ansätze weiter zu entwickeln und unsere Leitlinie eines sozial

gerechten und nach oben offenen Berufsbildungssystem zu gestalten. Der kommenden Diskussion zum Deutschen Qualifikationsrahmen wird dabei eine nicht unwesentliche Rolle zukommen. Des Weiteren wollen wir ein bundesweit rechtlich abgesicherten Anspruch auf Aus- und Weiterbildung sowie mit der Schaffung von Branchenfonds alternative Modelle abseits vom privaten Bildungssparen aufzeigen, was die soziale Spaltung nur noch vorantreiben würde. Wir wollen uns den Angriffen auf Jugendarbeitsschutzgesetzen und Branchenmindestlöhnen in den Weg stellen und gegen die Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente kämpfen. Wir wollen einen Vorstoß in der Bildungsberatung und die verschiedenen Bildungsmöglichkeiten strukturiert und fachlich qualifiziert für die Menschen transparenter machen. Diese Vorhaben könne aber nicht von wenigen umgesetzt werden. Es bedeutet gemeinsame Anstrengungen von allen, sowohl innerhalb der LINKEN sowie außerhalb in Zusammenarbeit mit vielen demokratischen BündnispartnerInnen. Wir müssen noch mehr miteinander ins Gespräch kommen und vorhandene Konzeptionen zu den drängenden Problemen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiterentwickeln. Ich freue mich darauf, dies in den nächsten vier Jahren in der Bundestagfraktion umzusetzen.

Agnes Alpers ist Sprecherin für Berufliche Aus- und Weiterbildung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag